

Inhalt

A. Bekanntmachungen des Landkreises			
11 Bekanntmachung des Beschlusses des Kreistages des Landkreises Osnabrück über die Aufhebung der Geschäftsordnung für das Medienzentrum Osnabrück	69		
12 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit	69	56	Wald außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben (Feuerwehrgebührensatzung) vom 16.11.2015 78
13 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Antragsteller: Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Osnabrück)	70		Jahresabschluss 2017 des Abwasserbeseitigungsbetriebes der Gemeinde Bad Rothenfelde 80
14 Öffentliche Bekanntmachung Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) Errichtung und Betrieb von 4 Windenergieanlagen in Neuenkirchen-Bühnerbach Antragsteller: Windstrom Bühnerbach GmbH & Co. KG	71	57	Jahresabschluss 2017 des Wasserwerkes der Gemeinde Bad Rothenfelde 80
15 Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der Wöstenwind GmbH & Co. KG	72	58	Jahresabschluss 2018 des Abwasserbeseitigungsbetriebes der Gemeinde Bad Rothenfelde 81
		59	Jahresabschluss 2018 des Wasserwerkes der Gemeinde Bad Rothenfelde 82
B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden und der Zweckverbände		60	9. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Bad Rothenfelde (Wasserabgabensatzung) vom 19. Dezember 2019 82
49 1. Änderung der Satzung über die Gewährung von Entschädigungen für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich tätige Funktionsträger in der Freiwilligen Feuerwehr der Samtgemeinde Artland vom 10.12.2015	75	61	Haushaltssatzung der Gemeinde Ostercappeln für das Haushaltsjahr 2020 82
50 1. Verordnung zur Änderung der Verordnung für die Samtgemeinde Artland zur Regelung des Marktwesens vom 28.02.2012	75	62	Bekanntmachung des Bebauungsplanes Vehrte Nr. 20 „Südlich Dorfstraße“, 1. Änderung der Gemeinde Belm 83
51 Bekanntmachung der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Bad Rothenfelde	75	63	Bekanntmachung des Bebauungsplanes Belm Nr. XXIX „Beiderseits der Poststraße“, 2. Änderung der Gemeinde Belm 84
52 Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 60 „Ulmenallee/Im Wiesengrund“ der Gemeinde Bad Rothenfelde mit örtlichen Bauvorschriften	76	64	Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der Gemeinde Menslage über den Jahresabschluss und die Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2017 85
53 Bekanntmachung der 44. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Bad Rothenfelde	77	65	Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der Samtgemeinde Artland über den Jahresabschluss und die Entlastung für das Haushaltsjahr 2017 85
54 Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 63 „Südlich der Parkstraße/Erweiterung heristo“ der Gemeinde Bad Rothenfelde mit örtlichen Bauvorschriften	77	66	Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der Stadt Quakenbrück über den Jahresabschluss und die Entlastung für das Haushaltsjahr 2017 85
55 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Dissen am Teutoburger Wald außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben (Feuerwehrgebührensatzung) vom 16.11.2015		67	Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung der Gemeinde Wallenhorst für das Haushaltsjahr 2020 85
		68	24. Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Glandorf über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Glandorf, Abwasserbeseitigungsabgabensatzung 86
		69	Verordnung zum Schutz Erholungssuchender und wild lebender Tiere im Gebiet der Gemeinde Ostercappeln (Leinenzwangverordnung) und Karten 87

A. Bekanntmachungen des Landkreises

11

Bekanntmachung des Beschlusses des Kreistages des Landkreises Osnabrück über die Aufhebung der Geschäftsordnung für das Medienzentrum Osnabrück

Der Kreistag des Landkreises Osnabrück hat in seiner Sitzung am 16.12.2019 folgenden Beschluss gefasst:

Die am 13. Oktober 2003 durch den Kreistag beschlossene Geschäftsordnung mit der enthaltenen Entgeltordnung für das Medienzentrum wird aufgehoben.

Osnabrück, den 13.01.2020

Landkreis Osnabrück
Die Landrätin
Kebschull

12

Vorprüfung der Umweltverträglichkeit

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Art. 2 G vom 08.09.2017 (BGBl. I S. 3370) geprüft.

Aktenzeichen: 11-bra-04377-19
Antragsteller: Jürgen Westerhaus
Baugrundstück: Bramsche, Am Zuschlag
Gemarkung: Epe
Flur: 19
Flurstück(e): 32

Änderungsantrag nach § 16 BImSchG;
Neubau eines Güllehochbehälters mit Kunststoffdach

Geplant ist der Neubau eines Güllehochbehälters mit Kunststoffdach in der Stadt Bramsche, Gemarkung Epe, Flur 19, Flurstück 32.

Es war eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. Nr. 7.11.3 der Anlage 1 des UVPG

durchzuführen. Die Prüfung hat ergeben, dass aus folgenden Gründen die Durchführung einer UVP für das Vorhaben nicht erforderlich ist:

Für die Gebiete nach Nr. 2.3 der Anlage 3 des Gesetzes über Umweltverträglichkeitsprüfungen kann eine potentielle Betroffenheit durch das Vorhaben ausgeschlossen werden. Eine Betroffenheit kann für folgende Gebiete ausgeschlossen werden, da keine entsprechenden Gebiete im Umkreis des Vorhabens vorhanden sind: Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 BNatSchG, Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete nach §§ 25, 26 BNatSchG, Wasserschutzgebiete nach § 51 WHG, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Abs. 4 WHG, Risikogebiete nach § 73 Abs. 1 WHG, Gebiete, in denen die Vorschriften der EU festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind, Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere zentrale Orte i.S.d. § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG und für in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmale oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind.

Ebenso sind keine erheblichen negativen Umweltauswirkungen auf die Natura 2.000 Gebiete nach § 7 Abs. 1 BNatSchG, Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG, Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG, geschützten Landschaftsbestandteile, insbesondere Alleen, nach § 29 BNatSchG, gesetzlich geschützte Biotop nach § 30 BNatSchG sowie Überschwemmungsgebiete nach § 76 WHG zu erwarten.

Erhebliche Umweltauswirkungen auf das ca. 600 m nördlich des Standortes liegende FFH-Gebiet „Gehölze bei Epe“ sowie das ca. 1.000 m südwestlich liegende FFH-Gebiet „Darnsee“, sind aufgrund der Entfernungen nicht zu erwarten. Auch auf das in ca. 200 m Entfernung liegende Naturschutzgebiet „Darnsee“ sind aufgrund der Entfernung keine erheblichen Auswirkungen zu erwarten. Ebenso sind erhebliche Umweltauswirkungen auf das nächstgelegene Naturdenkmal „Honigmoor“ aufgrund der Entfernung nicht zu erwarten. Es liegt nordwestlich in ca. 1.000 m Entfernung zum Vorhaben. Die nächsten geschützten Landschaftsbestandteile befinden sich in einer Entfernung von über 500 m zum Vorhaben. Daher sind aufgrund der Entfernung keine erheblichen Auswirkungen zu erwarten. Auch auf das ca. 500 m entfernte nach 30 BNatSchG geschützte Biotop sind aufgrund der Entfernung keine erheblichen Auswirkungen zu erwarten.

An das Flurstück des Vorhabens grenzt ein Überschwemmungsgebiet. Das Vorhaben selbst liegt allerdings nicht im Überschwemmungsgebiet, sodass keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Es liegt insgesamt keine potentielle Betroffenheit vor.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 15.02.2020

Landkreis Osnabrück
Die Landrätin
Fachdienst Planen und Bauen
i. A. Röwekamp

13

Vorprüfung
der Umweltverträglichkeit
(Antragsteller: Niedersächsische Landesbehörde für
Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Osnabrück)

Bei folgendem Bauvorhaben wurde im Rahmen der Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens (§ 38 Niedersächsisches Straßengesetz i.V.m. § 72 ff. Verwaltungsverfahrensgesetz) die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 2 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG) in der Fassung vom 18. Dezember 2019 (Nds. GVBl. 2019, 437) i.V.m. dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2513) geprüft:

Aktenzeichen: 542-1011 L 85.10
Antragsteller: Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Osnabrück
Baugrundstück: Gemeinden Bissendorf u. Ostercappeln, Landesstraße L 85
Gemarkung: Schleddehausen, Astrup, Krevinghausen, Westrup, Hitz-Jöstinghausen

L 85 – Neubau eines Radweges von Schleddehausen bis Ostercappeln, Abschnitt 110 Station 180 bis Station 4894

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich:

Umweltauswirkungen sind denkbar in den Bereichen Boden- und Wassernutzung, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt. In Bezug auf den Standort des Vorhabens ist eine potentielle Betroffenheit bei den Qualitätskriterien in den Bereichen Boden und Wasser zu besorgen. Außerdem sind denkmalgeschützte Objekte (Brücke über die Wierau, archäologische Wegespuren) betroffen.

Im Übrigen sind keine Umweltauswirkungen erkennbar. Die wertvollen Landschaftsstrukturen und Landschaftsbildelemente werden vor Beschädigungen geschützt, so dass keine Auswirkungen auf das Landschaftsbild zu befürchten sind. Einschränkungen für das Grundwasser sind nicht zu befürchten, da die Gefahr des Eintrages von wassergefährdenden Stoffen in das Grundwasser sehr gering ist. Es fallen keine betriebs- oder anlagebedingten Abfälle an. Als geschützte Landschaftsbestandteile gelten die straßenbegleitenden Baumreihen an der L 85, eine Baumhecke am Heggenweg sowie eine Strauch-Baumhecke. Da nur einzelne Bäume und kleinflächige Strauchbestände gerodet werden müssen, bleibt der Charakter der Landschaftsbestandteile erhalten und die besondere Empfindlichkeit wird nicht beeinträchtigt. Das Biotop östlich der L 85 ist im Rahmen der Querung der Wierau nur geringfügig betroffen, so dass keine erhebliche Beeinträchtigung zu erwarten ist. Das LSG „Wiehengebirge und nördliches Osnabrücker Hügelland“ wird nur geringfügig beansprucht, weitere besonders geschützte Gebiete sind vom Vorhaben nicht betroffen.

Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt:
Durch die Maßnahme werden Waldflächen, Kleingehölze, Einzelbäume und weitere Biotop in Anspruch genommen. Insgesamt wird eine Fläche von 1,117 ha versiegelt. Die versiegelte Fläche ist auf das geringste zulässige Mindestmaß für Radwe-

ge beschränkt worden. Die betroffenen Biotoptypen sind durch die verkehrliche Nutzung vorbelastet (Bankette/ Straßenseitenraum). Die Beseitigung der Gehölze erfolgt außerhalb der Brutzeit, zudem sind Sichtkontrollen vorgesehen. Insgesamt sind die Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt unter Beachtung der Verminierungs- und Vermeidungsmaßnahmen als unerheblich anzusehen.

Schutzgut Boden:

Es wird Boden auf 1,117 ha voll- und teilversiegelt. Die Trasse des Radweges ist so gewählt, dass sich die Versiegelung auf ein Minimum beschränkt. Die Versickerungseigenschaften werden durch die gewählte Breite des Radweges nur unwesentlich beeinflusst. Die betroffenen Böden befinden sich überwiegend im Straßenseitenraum und sind durch die derzeitige Nutzung vorbelastet. Es sind Maßnahmen vorgesehen, die die Einflüsse auf baubedingt beanspruchte Bodenflächen minimieren (Umweltbaubegleitung). Es ist daher von keinen erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Boden auszugehen.

Schutzgut Wasser:

Die Versickerungseigenschaften werden durch die gewählte Breite des Radweges nur unwesentlich beeinflusst. Die neue Brücke über die Wierau führt zu keiner nachteiligen Veränderung der Gewässerökologie. Die Durchgängigkeit für Fische und Makrozoobenthos bleibt erhalten. Die Versickerung des anfallenden Oberflächenwassers erfolgt auf den Böschungen. Insgesamt sind keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser zu erwarten.

Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter:

Erhebliche Auswirkungen auf die vorhandenen Kulturgüter können durch eine enge Abstimmung mit der Unteren Denkmalschutzbehörde und der Stadt- und Kreisarchäologie in der Planungsphase sowie durch bauliche Auflagen vermieden werden. Erhebliche Auswirkungen sind daher nicht auf das Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter zu erwarten.

Es sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen denkbar.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Osnabrück, den 23.01.2020

Landkreis Osnabrück
Fachdienst Straßen
Die Landrätin
i. A. Bergmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

14

Öffentliche Bekanntmachung
Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-
Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
Errichtung und Betrieb von 4 Windenergieanlagen
in Neuenkirchen-Bühnerbach
Antragsteller: Windstrom Bühnerbach GmbH & Co. KG

1. Erläuterung des Vorhabens

Die Windstrom Bühnerbach GmbH & Co. KG beantragt die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von 4 Windenergieanlagen in Neuenkirchen-Bühnerbach.

Das Vorhaben soll an folgenden Standorten errichtet werden:

Gemeinde Neuenkirchen, Gemarkung Lintern, Flur 5, Flurstücke 73/1 und 94 sowie Gemarkung Vinte, Flur 10, Flurstücke 12 und 20.

Gemäß § 4 des BImSchG in der Neufassung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1275) in der zurzeit geltenden Fassung i.V.m. § 1 und der lfd. Nr. 1.6.2 des Anhangs Nr. 1 der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) vom 02.05.2013 (BGBl. I S. 670) in der zurzeit geltenden Fassung bedarf das Vorhaben einer Genehmigung nach diesen gesetzlichen Vorschriften.

Gemäß § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) besteht die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP).

Das Vorhaben wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG i.V.m. §§ 18, 19 UVPG öffentlich bekannt gemacht.

Die öffentliche Bekanntmachung erscheint in den örtlichen Tageszeitungen (Bramscher Nachrichten, Bersenbrücker Kreisblatt), dem Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück sowie gemäß § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) im Internet auf der Homepage des Landkreises Osnabrück (www.landkreis-osnabrueck.de) und gem. § 20 UVPG im zentralen Informationsportal über Umweltverträglichkeitsprüfungen in Niedersachsen (<https://uvp.niedersachsen.de/portal/>).

2. Auslegung der Antragsunterlagen

Der Genehmigungsantrag und die dazugehörigen Unterlagen liegen in der Zeit vom

24.02.2020 – 24.03.2020

einschließlich beim Landkreis Osnabrück, Fachdienst Planen und Bauen, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück, Raum 4082 aus und können Montag bis Freitag in der Zeit von 8:00 – 13:00 Uhr und Donnerstag von 8:00 – 17:30 Uhr mit vorheriger Terminvereinbarung eingesehen werden.

Des Weiteren liegen die Antragsunterlagen bei

- der Gemeinde Neuenkirchen, Fachbereich II – Planen, Bauen und Umwelt, Raum 4, Alte Poststraße 5-7, 49586 Neuenkirchen
- der Stadt Bramsche, Fachbereich 4 - Stadtentwicklung, Bau und Umwelt, Räume D59 bis D61, Hasestraße 11, 49565 Bramsche,

zur allgemeinen Einsichtnahme während den jeweiligen Dienstzeiten aus.

Die Antragsunterlagen sind im selben Zeitraum im Internet unter www.landkreis-osnabrueck.de/auslegung und im zentralen Informationsportal über Umweltverträglichkeitsprüfungen in Niedersachsen (<https://uvp.niedersachsen.de/portal/>) einzusehen.

Zu den Antragsunterlagen, die zur Einsichtnahme ausgelegt werden, gehören u.a. folgende umweltrelevante Unterlagen:

- Bericht zu den voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Vorhabens (UVP-Bericht)
- Schalltechnische Untersuchung

- Schattenwurfprognose
- Einzelfallprüfung zur optischen Bedrängung
- Landschaftspflegerischer Begleitplan
- Artenschutzbeitrag
- Brutvogel- und Raumnutzungskartierung
- Rastvogelkartierung
- Kurzbericht Uhu-Vorkommen
- Untersuchung des Hirschkäfers
- FFH-Verträglichkeitsprüfung
- Fledermauskundliches Gutachten
- Hydrogeologisches Gutachten

Etwaige Einwendungen gegen das o.a. Vorhaben können bei den vorgenannten Dienststellen schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden.

Die Einwendungen müssen die volle leserliche Anschrift mit Namen und Unterschrift tragen. Unleserliche Namen oder Anschriften werden bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen. Die Einwendungen werden dem Antragsteller zur Kenntnis gegeben. Auf Verlangen des Einwenders werden dessen Namen und Anschrift nicht weitergegeben, sofern die ordnungsgemäße Durchführung des Verfahrens nicht beeinträchtigt wird.

3. Ladung zum Erörterungstermin

Die bis zum 29.04.2020 eingegangenen Einwendungen werden am

11.05.2020 um 10:00 Uhr

im Rahmen eines Erörterungstermins im großen Sitzungssaal (Raum 2091) im Kreishaus, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück besprochen.

Der Erörterungstermin ist öffentlich.

Sofern die erhobenen Einwendungen nach Einschätzung der Genehmigungsbehörde keiner Erörterung bedürfen, findet der Erörterungstermin nicht statt. Dies wird vorher rechtzeitig bekannt gegeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass, sofern erforderlich, die erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden.

Einwendungen, die nach dem 29.04.2020 eingehen und im Erörterungstermin nicht erörtert werden, werden aber bei der Entscheidung über den Genehmigungsantrag berücksichtigt.

Die Entscheidung über den Antrag bzw. über die Einwendungen wird allen am Verfahren Beteiligten schriftlich zugestellt. Die Zustellung kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Osnabrück, den 15.02.2020

Landkreis Osnabrück
Die Landrätin
Fachdienst Planen und Bauen
i. A. Röwekamp

15

Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der Wöstenwind GmbH & Co. KG

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2018 beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Osnabrück, hat mit Datum vom 17. Mai 2019 folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Wöstenwind GmbH & Co. KG, Glandorf

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Wöstenwind GmbH & Co. KG, Glandorf, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018, der Gewinn- und Verlustrechnung, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Wöstenwind GmbH & Co. KG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften (zusammen die Rechtsvorschriften) und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Rechtsvorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 157 NKomVG i.V.m. § 29 EigBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend be-

schrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Rechtsvorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Rechtsvorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Rechtsvorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Rechtsvorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317

HGB und § 157 NKomVG i.V.m. § 29 EigBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächli-

chen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Führung der Gesellschaft nach § 29 EigBetrVO (Nds)

Wir haben die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sowie die wirtschaftliche Führung der Gesellschaft, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG, im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung erfolgt die Geschäftsführung der Gesellschaft in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität der Gesellschaft gibt keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen. Die Gesellschaft wird in allen wesentlichen Belangen wirtschaftlich geführt.

Wir haben unsere Prüfung nach § 29 EigBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend sowie im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ weitergehend beschrieben.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie dafür als notwendig erachtet haben.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung oder die wirtschaftliche Führung der Gesellschaft, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse, Anlass zu wesentlichen Beanstandungen geben sowie einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil nach § 29 EigBetrVO (Nds) zur Ord-

nungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Führung der Gesellschaft beinhaltet. Ob die Gesellschaft wirtschaftlich geführt wird, wurde anhand der Einhaltung des Wirtschaftsplanes beurteilt. Dabei ist es nicht Aufgabe des Abschlussprüfers, die sachliche Zweckmäßigkeit der Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter und die Geschäftspolitik zu beurteilen.

Übrige Angaben gemäß § 32 Abs. 2 EigBetrVO (Nds)

Gemäß § 32 Abs. 2 EigBetrVO (Nds) bestätigen wir: Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Buchführung entsprechen nach pflichtgemäßer Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Geschäftsführung erfolgt ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität ist nicht zu beanstanden. Die Gesellschaft wird wirtschaftlich geführt.“

Osnabrück, den 17. Mai 2019

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Huber Ahlers
Wirtschaftsprüfer

ppa. Christian Mersch
Wirtschaftsprüfer

„Ergänzende Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.“

Osnabrück, 18.12.2019

Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück i. A. Sonja Göhler

Die Gesellschafterversammlung der Wöstenwind GmbH & Co. KG hat in ihrer Sitzung am 17.06.2019 die Bilanz des Wirtschaftsjahres 2018 in Aktiva und Passiva gleichlautend mit 1.086.262,67 € festgestellt. Das Jahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 44.838,06 € ab. Der Fehlbetrag wird den Verlustvortragskonten belastet. Der geschäftsführenden Komplementärin Wöstenwind Verwaltungs GmbH, vertreten durch die Geschäftsführer Stefan Thebing und Sascha Leisner, wurde für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.

Gemäß § 34 der Verordnung über Eigenbetriebe und andere prüfungspflichtige Einrichtungen (Eigenbetriebsverordnung - EigBetrVO) in der zurzeit geltenden Fassung werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss der Gesellschafterversammlung über den Jahresabschluss 2018 hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Wöstenwind GmbH & Co. KG für das Jahr 2018 liegen vom 17.02. – 25.02.2020 in den Geschäftsräumen der AWIGO GmbH, Niedersachsenstr. 19, 49124 Georgsmarienhütte, während der Geschäftszeiten öffentlich aus.

Glandorf, 24.01.2020

Wöstenwind GmbH & Co. KG

Stefan Thebing
Geschäftsführer
der Wöstenwind
Verwaltungs GmbH

Sascha Leisner
Geschäftsführer
der Wöstenwind
Verwaltungs GmbH

49

1. Änderung
der Satzung über die Gewährung von Entschädigungen
für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich tätige
Funktionsträger in der Freiwilligen Feuerwehr der
Samtgemeinde Artland vom 10.12.2015

Aufgrund der §§ 10, 11 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.12.2013 (Nds. GVBl. S. 307 in Verbindung mit § 33 des Niedersächsischen Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehr (Niedersächsisches Brandschutzgesetz – NBrandSchG – vom 18.07.2012 (Nds. GVBl. S. 269), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 12.12.2012 (Nds. GVBl. S. 589), hat der Rat der Samtgemeinde Artland in seiner Sitzung am 05. Dezember 2019 folgende Änderungssatzung erlassen.

Artikel 1

In § 4 wird ein neuer Abs. 2 mit folgendem Wortlaut angefügt:

"Die Geräterwarte der Atemschutzpflegestelle erhalten pro gewarteter Maske einen Betrag in Höhe von 5,00 € und pro gewartetem Lungenautomat einen Betrag in Höhe von 3,33 €."

Artikel 2

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Quakenbrück, den 13.01.2020

Samtgemeinde Artland
Der Samtgemeindebürgermeister
(Siegel) Poppe

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

50

1. Verordnung
zur Änderung der Verordnung
für die Samtgemeinde Artland zur Regelung
des Marktwesens vom 28.02.2012

Aufgrund der §§ 64 bis 71b der Gewerbeordnung, in der Fassung vom 22.02.1999 (BGBl. I S. 203, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14.07.2011 (BGBl. I S. 1341) und § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes, in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 17.11.2011 (Nds. GVBl. S. 422) hat der Rat der Samtgemeinde Artland in seiner Sitzung am 05. Dezember 2019 folgende Verordnung beschlossen:

Artikel 1

1. In § 1 Satz 1 werden die Worte "die Gemeinde Badbergen einen Jahrmarkt" gestrichen.
2. § 4 Nr. 2 erhält folgende Fassung:
"Der Jahrmarkt in Quakenbrück beginnt grundsätzlich am Freitag vor dem 3. Sonntag im Mai und endet am darauffolgenden Montag. Er findet auf dem Marktplatz, Theisstraße und Neuem Markt statt. Marktzeit ist grundsätzlich für Freitag und Samstag die Zeit von 14.00 Uhr bis 23.00 Uhr und am Sonntag und Montag von 14.00 Uhr bis 21.00 Uhr."
3. In § 7 Nr. 1 Satz 1, Nr. 3 Satz 1, Nr. 5g, Nr. 6 werden die Wörter "Gemeinde Badbergen" gestrichen.
4. In § 8 Nr. 1, Satz 1, Nr. 2 werden die Wörter "Gemeinde Badbergen" gestrichen.
5. In § 9 Nr. 3, Satz 2, Nr. 5, Satz 1 werden die Wörter "Gemeinde Badbergen" gestrichen.
6. In § 12 Nr. 2 werden die Wörter "Gemeinde Badbergen" gestrichen.
7. In § 13 Nr. 3 werden die Wörter "Gemeinde Badbergen" gestrichen.
8. In § 14 werden die Wörter " bzw. der Marktgebührensatzung der Gemeinde Badbergen" gestrichen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Quakenbrück, den 13.01.2020

Samtgemeinde Artland
Der Samtgemeindebürgermeister
Poppe

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

51

Bekanntmachung
der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes
der Gemeinde Bad Rothenfelde

Die vom Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde am 26.09.2019 beschlossene 42. Änderung des Flächennutzungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung und der Begründung mit Umweltbericht, ist dem Landkreis Osnabrück nach § 6 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) zur Genehmigung vorgelegt worden. Der Landkreis Osnabrück hat mit Verfügung vom 07.01.2020 (Az.: 6.3-06-42-2019) die 42. Änderung des Flächennutzungsplanes genehmigt.

Der Geltungsbereich der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes ergibt sich aus dem nachfolgenden Übersichtsplan.



Der Flächennutzungsplan einschließlich Begründung mit Umweltbericht und zusammenfassender Erklärung kann bei der Gemeindeverwaltung Bad Rothenfelde, Frankfurter Straße 3, 49214 Bad Rothenfelde, Dachgeschoss im Westeckbau, Zimmer 20, zu den Öffnungszeiten (Mo. - Fr.: von 8:30 Uhr bis 12:00 Uhr sowie Mo. von 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr und Do. von 15:00 Uhr bis 17:30 Uhr) eingesehen werden. Jedermann kann über den Inhalt des Flächennutzungsplanes Auskunft verlangen.

Die 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Bad Rothenfelde tritt mit der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im „Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück“ nach § 6 BauGB in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 Ziffer 1 - 3 BauGB i. d. F. vom 03.11.2017 die Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 - 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtlichen Mängel des Abwägungsvorganges dann unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes oder der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde Bad Rothenfelde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie des Abs. 4 BauGB über die fristgerechte Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche bei Eingriffen in eine bisher zulässige Nutzung und über das Erlöschen solcher Ansprüche wird hingewiesen.

Bad Rothenfelde, den 20.01.2020

(Siegel)

Rehkämper
Bürgermeister

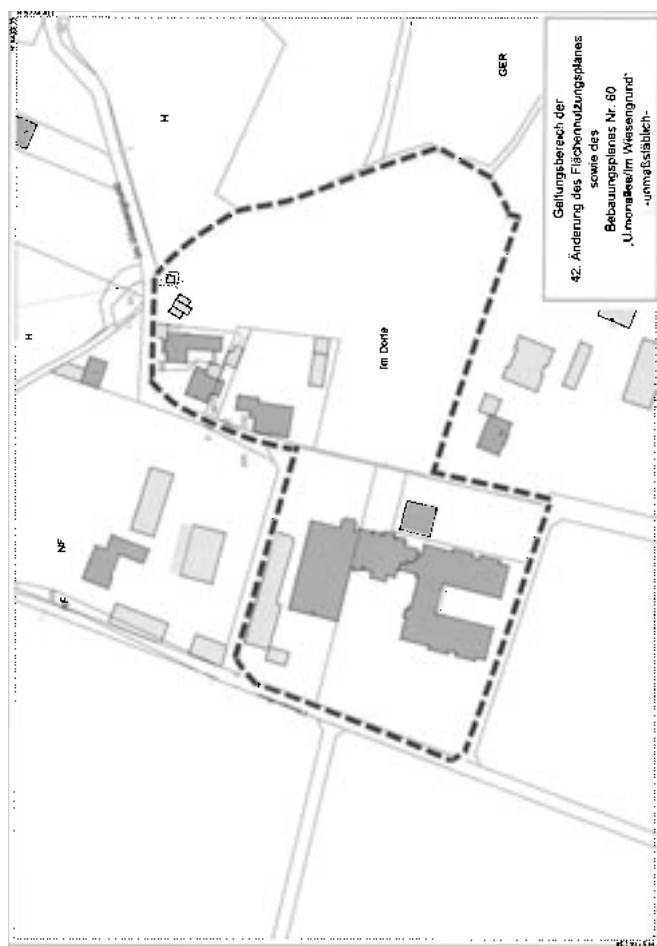
Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

52

Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 60 „Ulmenallee/Im Wiesengrund“ der Gemeinde Bad Rothenfelde mit örtlichen Bauvorschriften

Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat in seiner Sitzung am 26.09.2019 nach Prüfung der Anregungen den Bebauungsplan Nr. 60 „Ulmenallee/Im Wiesengrund“, bestehend aus der Planzeichnung mit den örtlichen Bauvorschriften und der Planbegründung samt Umweltbericht, gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Der Geltungsbereich des neu aufgestellten Bebauungsplanes Nr. 60 „Ulmenallee/Im Wiesengrund“ mit örtlichen Bauvorschriften ergibt sich aus dem nachfolgenden Übersichtsplan.



Der Bebauungsplan Nr. 60 „Ulmenallee/Im Wiesengrund“ mit örtlichen Bauvorschriften einschließlich Begründung samt Umweltbericht und zusammenfassender Erklärung kann bei der Gemeindeverwaltung Bad Rothenfelde, Frankfurter Straße 3, 49214 Bad Rothenfelde, Dachgeschoss im Westeckbau, Zimmer 20, zu den Öffnungszeiten (Mo. - Fr.: von 8:30 Uhr bis 12:00 Uhr sowie Mo. von 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr und Do. von 15:00 Uhr bis 17:30 Uhr) eingesehen werden. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 60 „Ulmenallee/Im Wiesengrund“ mit örtlichen Bauvorschriften nach § 10 Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 Ziffer 1 - 3 BauGB i. d. F. vom 03.11.2017 die Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 - 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtlichen Mängel des Abwägungsvorganges dann unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes oder der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde Bad Rothenfelde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie des Abs. 4 BauGB über die fristgerechte Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche bei Eingriffen in eine bisher zulässige Nutzung und über das Erlöschen solcher Ansprüche wird hingewiesen.

Bad Rothenfelde, den 20.01.2020

(Siegel) Rehkämper
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

53

Bekanntmachung der 44. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Bad Rothenfelde

Die vom Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde am 27.06.2018 beschlossene 44. Änderung des Flächennutzungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung und der Begründung mit Umweltbericht, ist dem Landkreis Osnabrück nach § 6 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) zur Genehmigung vorgelegt worden. Der Landkreis Osnabrück hat mit Verfügung vom 09.01.2020 (Az.: 6.3-06-44-2019) die 44. Änderung des Flächennutzungsplanes genehmigt.

Der Geltungsbereich der 44. Änderung des Flächennutzungsplanes ergibt sich aus dem nachfolgenden Übersichtsplan.

Der Flächennutzungsplan einschließlich Begründung mit Umweltbericht und zusammenfassender Erklärung kann bei der Gemeindeverwaltung Bad Rothenfelde, Frankfurter Straße 3, 49214 Bad Rothenfelde, Dachgeschoss im Westeckbau, Zimmer 20, zu den Öffnungszeiten (Mo. - Fr.: von 8:30 Uhr bis 12:00 Uhr sowie Mo. von 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr und Do. von 15:00 Uhr bis 17:30 Uhr) eingesehen werden. Jedermann kann über den Inhalt des Flächennutzungsplanes Auskunft verlangen.

Die 44. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Bad Rothenfelde tritt mit der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im „Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück“ nach § 6 BauGB in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 Ziffer 1 -

3 BauGB i. d. F. vom 03.11.2017 die Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 - 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtlichen Mängel des Abwägungsvorganges dann unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes oder der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde Bad Rothenfelde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie des Abs. 4 BauGB über die fristgerechte Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche bei Eingriffen in eine bisher zulässige Nutzung und über das Erlöschen solcher Ansprüche wird hingewiesen.

Bad Rothenfelde, den 20.01.2020

(Siegel) Rehkämper
Bürgermeister



Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

54

Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 63 „Südlich der Parkstraße/Erweiterung heristo“ der Gemeinde Bad Rothenfelde mit örtlichen Bauvorschriften

Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat in seiner Sitzung am 26.09.2019 nach Prüfung der Anregungen den Bebau-

ungsplan Nr. 63 „Südlich der Parkstraße/Erweiterung heristo“, bestehend aus der Planzeichnung mit den örtlichen Bauvorschriften und der Planbegründung samt Umweltbericht, gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Der Geltungsbereich des neu aufgestellten Bebauungsplanes Nr. 63 „Südlich der Parkstraße/Erweiterung heristo“ mit örtlichen Bauvorschriften ergibt sich aus dem nachfolgenden Übersichtsplan.



Der Bebauungsplan Nr. 63 „Südlich der Parkstraße/Erweiterung heristo“ mit örtlichen Bauvorschriften einschließlich Begründung samt Umweltbericht und zusammenfassender Erklärung kann bei der Gemeindeverwaltung Bad Rothenfelde, Frankfurter Straße 3, 49214 Bad Rothenfelde, Dachgeschoss im Westeckbau, Zimmer 20, zu den Öffnungszeiten (Mo. - Fr.: von 8:30 Uhr bis 12:00 Uhr sowie Mo. von 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr und Do. von 15:00 Uhr bis 17:30 Uhr) eingesehen werden. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 63 „Südlich der Parkstraße/Erweiterung heristo“ mit örtlichen Bauvorschriften nach § 10 Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 Ziffer 1 - 3 BauGB i. d. F. vom 03.11.2017 die Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 - 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtlichen Mängel des Abwägungsvorganges dann unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes oder der Satzung schrift-

lich gegenüber der Gemeinde Bad Rothenfelde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie des Abs. 4 BauGB über die fristgerechte Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche bei Eingriffen in eine bisher zulässige Nutzung und über das Erlöschen solcher Ansprüche wird hingewiesen.

Bad Rothenfelde, den 20.01.2020

(Siegel)

Rehkämper
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

55

1. Änderungssatzung **zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für** **Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr** **der Stadt Dissen am Teutoburger Wald außerhalb der** **unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben** **(Feuerwehrgebührensatzung) vom 16.11.2015**

Aufgrund der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576 zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27.03.2019 (Nds. GVBl. S. 70), der §§ 29 ff. des Niedersächsischen Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (Niedersächsisches Brandschutzgesetz - NBrandSchG) in der Fassung vom 18.07.2012 (Nds. GVBl. S. 269, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88) und der §§ 1, 2 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes in der Fassung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. 2017, S. 121), hat der Rat der Stadt Dissen am Teutoburger Wald in seiner Sitzung am 09.12.2019 folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

§ 1 erhält folgende Fassung:

§ 1 - Allgemeines

Der Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Dissen am Teutoburger Wald ist bei Bränden, bei Notständen durch Naturereignisse und bei Hilfeleistungen zur Rettung von Menschen aus akuter Lebensgefahr unentgeltlich. Für Einsätze und Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben werden Gebühren gemäß § 29 Abs. 2 NBrandSchG nach Maßgabe dieser Satzung erhoben. Die öffentliche Einrichtung „Freiwillige Feuerwehr der Stadt Dissen am Teutoburger Wald“ ist durch die Satzung vom 01.07.2019 festgelegt.

§ 2 erhält folgende Fassung:

§ 2 – Gebührenpflichtige Einsätze und Leistungen der Feuerwehr

(1) Nach § 29 Abs. 2 und 3 NBrandSchG werden Gebühren erhoben

1. für Einsätze nach § 29 Abs. 1 NBrandSchG,
 - a) die verursacht worden sind durch vorsätzliches oder grob fahrlässiges Handeln oder,
 - b) bei denen eine Gefährdungshaftung besteht, insbesondere,
 - aa) durch den Betrieb von Kraftfahrzeugen oder von Anhängern, die dazu bestimmt sind, von einem Kraftfahrzeug mitgeführt zu werden, von Luft- oder Wasserfahrzeugen oder von Schienenbahnen, außer in Fällen höherer Gewalt, oder
 - bb) durch die Beförderung von oder den sonstigen Umgang mit Gefahrstoffen für gewerbliche oder militärische Zwecke, außer in Fällen höherer Gewalt,
2. für Einsätze, die von einem in einem Kraftfahrzeug ein gebauten System zur Absetzung eines automatischen Notrufes oder zur automatischen Übertragung einer Notfallmeldung verursacht wurden und bei denen weder ein Brand oder ein Naturereignis vorgelegen hat noch eine Hilfeleistung zur Rettung eines Menschen aus akuter Lebensgefahr notwendig war,
3. für Einsätze, die durch das Auslösen einer Brandmeldeanlage verursacht wurden, ohne dass ein Brand vorgelegen hat,
4. die Stellung einer Brandsicherheitswache (§ 26 NBrandSchG)
5. für andere als die in Absatz 1 genannten Einsätze, die dem abwehrenden Brandschutz oder der Hilfeleistung dienen, und
6. für freiwillige Einsätze und Leistungen.

Zu den freiwilligen und Leistungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 6 gehören insbesondere:

1. Beseitigung von Ölschäden und sonstigen umweltgefährdenden oder gefährlichen Stoffen,
2. Türöffnung bei Gebäuden, Wohnungen, Aufzügen oder Ähnlichem,
3. der Einsatz oder die zeitweise Überlassung von Fahrzeugen oder Geräten mit eigenem Antrieb, Lösch-, Rettungs-, Beleuchtungs- und sonstigen Hilfsgeräten,
4. Einrichtung einer Straßensperrung,
5. eine Bergung von Tieren, Bienenschwärmen, Entfernung von Wespennestern und Ähnlichem,
6. eine Bergung oder Absicherung von Sachen,
7. Absicherung von Gebäuden und Gebäudeteilen,
8. Auspumpen von Räumen, z.B. Kellern,
9. Mitwirkung bei Räum- und Aufräumarbeiten,
10. das Fällen von sturzgefährdeten Bäumen bzw. Entfernen gefährlicher Äste,
11. eine Überprüfung von Feuerlöscheinrichtungen und –geräten sowie deren Instandsetzung,
12. Gestellung von Feuerwehrkräften und evtl. weiterem technischen Gerät in anderen Fällen.

(2) Gebühren für nach § 29 Abs. 1 NBrandSchG unentgeltliche Einsätze werden bei einer Brandbekämpfung oder Hilfeleistung in einem Gewerbe- oder Industriebetrieb für eingesetzte Sondereinsatzmittel oder Sonderlöschmittel und ihre Entsorgung erhoben. Gleiches gilt für die Entsorgung von bei einer Brandbekämpfung in einem Gewerbe- oder Industriebetrieb mit Schadstoffen belastetes Löschwasser. Sofern in den Fällen der Sätze 1 und 2 für die Stadt Kosten Dritter anfallen, werden diese als Auslagen erhoben.

(3) Soweit für Einsätze und Leistungen nach Abs. 1 Kostenersatz nach § 30 Abs. 1 Satz 2 NBrandSchG an helfende Gemeinden zu leisten ist, wird dieser neben der Gebühr als Auslagen nach § 4 NKAG i.V.m. § 13 Niedersächsi-

ches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) erhoben.

§ 3 erhält folgende Fassung:

§ 3 - Gebührenschuldner

- (1) Die Gebührenschuldnerin bzw. der Gebührenschuldner bestimmt sich bei Einsätzen, die durch eine Brandmeldeanlage ausgelöst wurden, ohne dass ein Brand vorgelegen hat, nach § 29 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 NBrandSchG. Satz 1 gilt für Brandsicherheitswachen gem. § 29 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 NBrandSchG entsprechend. Bei Einsätzen und Leistungen nach § 2 dieser Satzung bestimmt sich die Gebührenschuldnerin bzw. der Gebührenschuldner nach § 29 Abs. 4 Satz 2 NBrandSchG.
- (2) Personen, die nebeneinander dieselbe Gebühr schulden, sind Gesamtschuldner.

Artikel 2

Das Gebührenverzeichnis zur in Art 1. geänderten Feuerwehrgebührensatzung erhält folgende Fassung:

Anlage:

Gebührentarif

Gebührentarif zur Feuerwehrgebührensatzung vom 09.12.2019

1.		Personaleinsatz Kosten je begonnene halbe Stunde
1.1	Gebühr pro Einsatzkraft	25,00 €
2.	Einsatz von Fahrzeugen	
2.1	HLF 2	70,00 €
2.2	LF 20	70,00 €
2.3	DLA (K) 18/12	70,00 €
2.4	RW 2	70,00 €
2.5	ELW 1	50,00 €
2.6	MTW 1	30,00 €
2.7	MTW 2	30,00 €

3. Verbrauchsmaterialien

Verbrauchsmaterial aller Art und Ersatzfüllungen und -teile werden zum jeweiligen Tagespreis der Wiederbeschaffung berechnet. Die Entsorgung von Ölbinde-, Säurebinde- sowie Schaummitteln wird nach den tatsächlichen Kosten in Rechnung gestellt.

4. Fehl- oder Falschalarm

Die Kosten des Gesamteinsatzes für die tatsächliche Abwesenheit des eingesetzten Personals werden nach Ziffer 1 und tatsächliche Abwesenheit der eingesetzten Fahrzeuge nach Ziffer 2 abgerechnet.

5. Verpflegung für die Einsatzkräfte bei Einsätzen über drei Stunden

Die Verpflegungskosten werden nach Verbrauchs- und Tagespreis abgerechnet.

6. Brandsicherheitswachen

Vorbeugende Brandsicherheitswachen (ohne Einsatz) werden pauschal (Personal und Fahrzeug) mit 100 € abgerechnet.

Artikel 3

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück in Kraft.

Dissen am Teutoburger Wald, 10.12.2019

(Siegel) **Stadt Dissen am Teutoburger Wald**
Der Bürgermeister
i. V. Ulrich Strakeljahn

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

56

Jahresabschluss 2017 des Abwasserbeseitigungsbetriebes der Gemeinde Bad Rothenfelde

Der Jahresabschluss 2017 sowie der Lagebericht 2017 des Abwasserbeseitigungsbetriebes der Gemeinde Bad Rothenfelde wurden durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Klein, Dr. Mönstermann + Partner GmbH, Osnabrück, geprüft. Nach dem Ergebnis ihrer Prüfung hat sie mit Datum vom 24. August 2018 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gemäß § 32 Abs. 2 EigBetrVO erteilt:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Buchführung entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Geschäftsführung erfolgt ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität geben zu Beanstandungen keinen Anlass. Der Eigenbetrieb wird wirtschaftlich geführt.“

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück hat den Bericht über die Jahresabschlussprüfung des Abwasserbeseitigungsbetriebes der Gemeinde Bad Rothenfelde mit folgendem Feststellungsvermerk versehen:

Feststellungsvermerk

Ergänzende Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 32 Abs. 3 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.

Osnabrück, 13. Nov. 2018

(Siegel) **Rechnungsprüfungsamt
des Landkreises Osnabrück**
Torsten Hamm

Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat in der Sitzung am 10. Januar 2019 folgenden Beschluss gefasst:

„ Nach § 33 der Eigenbetriebsverordnung werden

⇒ der Jahresabschluss 2017 und der Lagebericht 2017 festgestellt.

⇒ Der Betriebsleitung für das Jahr 2017 Entlastung erteilt.

⇒ Der Jahresgewinn im Bereich „Schmutzwasser“ lautet zunächst über 193.218,19 €. Von der Summe sind folgende Beträge abzuziehen:
Eigenkapitalzinsen 26.456,58 €,
Zuführung zur Erneuerungsrücklage 64.522,16 €.
Der verbleibende Betrag von 102.239,45 € wird in die Gebührenaussgleichsrücklage eingestellt.

⇒ Der Jahresgewinn „Niederschlagswasser“ lautet zunächst über 10.343,24 €. Von der Summe sind folgende Beträge abzuziehen:
Eigenkapitalzinsen 9.165,72 €,
Zuführung zur Erneuerungsrücklage 43.407,63 €.
Der verbleibende Betrag von - 42.230,11 € wird in die Gebührenaussgleichsrücklage eingestellt.

Die Eigenkapitalzinsen von insgesamt 35.622,30 € werden an den Haushalt der Gemeinde abgeführt.“

Gem. § 34 EigBetrVO werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss des Rates über den Jahresabschluss hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht liegen in der Zeit vom 24. Februar bis 4. März 2020 einschließlich zur Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung Bad Rothenfelde, Zimmer 71, öffentlich aus.

Bad Rothenfelde, 10. Januar 2019

(Siegel) **Gemeinde Bad Rothenfelde**
Rehkämper
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

57

Jahresabschluss 2017 des Wasserwerkes der Gemeinde Bad Rothenfelde

Der Jahresabschluss 2017 sowie der Lagebericht 2017 des Wasserwerkes der Gemeinde Bad Rothenfelde wurden durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Klein, Dr. Mönstermann + Partner GmbH, Osnabrück, geprüft. Nach dem Ergebnis ihrer Prüfung hat sie mit Datum vom 24. August 2018 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gemäß § 32 Abs. 2 EigBetrVO erteilt:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Buchführung entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Geschäftsführung erfolgt ordnungs-

gemäß. Die Entwicklung der Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität geben zu Beanstandungen keinen Anlass. Der Eigenbetrieb wird wirtschaftlich geführt.“

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück hat den Bericht über die Jahresabschlussprüfung des Wasserwerkes der Gemeinde Bad Rothenfelde mit folgendem Feststellungsvermerk versehen:

Feststellungsvermerk

Ergänzende Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 32 Abs. 3 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.

Osnabrück, 12. Nov. 2018

**Rechnungsprüfungsamt
des Landkreises Osnabrück**
(Siegel) i. A. Torsten Hamm

Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat in der Sitzung am 10. Januar 2019 folgenden Beschluss gefasst:

„ Der Jahresabschluss des Wasserwerkes der Gemeinde Bad Rothenfelde vom 31. Dezember 2017 in der Fassung des Prüfungsberichtes der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft Dr. Klein, Dr. Mönstermann + Partner GmbH, Osnabrück, vom 24. August sowie der Lagebericht 2017 werden

⇒ vom Rat festgestellt.

⇒ Der Betriebsleitung wird für das Jahr 2017 Entlastung erteilt.

⇒ Der Mindestgewinn von 51.452,69 € wird in die allgemeine Rücklage eingestellt.
Die Differenz zum Jahresgewinn = 111.104,64 € von 59.651,95 € wird dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich zugeführt.

Gem. § 34 EigBetrVO werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss des Rates über den Jahresabschluss hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht liegen in der Zeit vom 24. Februar bis 04. März 2020 einschließlich zur Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung Bad Rothenfelde, Zimmer 71, öffentlich aus.

Bad Rothenfelde, 10. Januar 2019

Gemeinde Bad Rothenfelde
(Siegel) Rehkämper
Bürgermeister

Der Jahresabschluss 2018 sowie der Lagebericht 2018 des Abwasserbeseitigungsbetriebes der Gemeinde Bad Rothenfelde und seine ordnungsgemäße Geschäftsführung wurden durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Klein, Dr. Mönstermann + Partner GmbH Osnabrück, gem. §§ 30 ff EigBetrVO Nds. geprüft. Nach dem Ergebnis ihrer Prüfung hat sie mit Datum vom 30. August 2019 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück hat den Bericht über die Jahresabschlussprüfung des Abwasserbeseitigungsbetriebes der Gemeinde Bad Rothenfelde mit folgendem Feststellungsvermerk versehen:

Feststellungsvermerk

Ergänzende Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.

Osnabrück, 20. Nov. 2019

**Rechnungsprüfungsamt
des Landkreises Osnabrück**
(Siegel) i. A. Sonja Göhler

Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat in der Sitzung am 19. Dezember 2019 folgenden Beschluss gefasst:

„ Nach § 35 der Eigenbetriebsverordnung werden

⇒ der Jahresabschluss 2018 und der Lagebericht 2018 festgestellt.

⇒ Der Betriebsleitung für das Jahr 2018 Entlastung erteilt.

⇒ Der Jahresgewinn im Bereich „Schmutzwasser“ lautet zunächst über 155.875,92 €. Von der Summe sind folgende Beträge abzuziehen:
Eigenkapitalzinsen 49.361,28 €,
Zuführung zur Erneuerungsrücklage 67.436,26 €.
Der verbleibende Betrag von 39.078,66 € wird in die Gebührenaussgleichsrücklage eingestellt.

⇒ Der Jahresgewinn „Niederschlagswasser“ lautet zunächst über -65.296,80 €. Von der Summe sind folgende Beträge abzuziehen:
Eigenkapitalzinsen 9.098,55 €,
Zuführung zur Erneuerungsrücklage 59.868,24 €.
Der verbleibende Betrag von - 134.263,59 € wird in die Gebührenaussgleichsrücklage eingestellt.

Die Eigenkapitalzinsen von insgesamt 58.459,83 € werden an den Haushalt der Gemeinde abgeführt.“

Gem. § 36 EigBetrVO werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss des Rates über den Jahresabschluss hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht liegen in der Zeit vom 24. Februar bis 04. März 2020 einschließlich zur Ein-

sichtnahme in der Gemeindeverwaltung Bad Rothenfelde, Zimmer 71, öffentlich aus.

Bad Rothenfelde, 19. Dezember 2019

(Siegel) **Gemeinde Bad Rothenfelde**
Rehkämper
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

59

Jahresabschluss 2018 des Wasserwerkes der Gemeinde Bad Rothenfelde

Der Jahresabschluss 2018 sowie der Lagebericht 2018 des Wasserwerkes der Gemeinde Bad Rothenfelde und seine ordnungsgemäße Geschäftsführung wurden durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Klein, Dr. Mönstermann + Partner GmbH Osnabrück, gem. §§ 30 ff EigBetrVO Nds. geprüft. Nach dem Ergebnis ihrer Prüfung hat sie mit Datum vom 30. August 2019 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück hat den Bericht über die Jahresabschlussprüfung des Wasserwerkes der Gemeinde Bad Rothenfelde mit folgendem Feststellungsvermerk versehen:

Feststellungsvermerk

Ergänzende Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.

Osnabrück, 19. Nov. 2019

(Siegel) **Rechnungsprüfungsamt
des Landkreises Osnabrück**
i. A. Sonja Göhler

Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat in der Sitzung am 19. Dezember 2019 folgenden Beschluss gefasst:

„ Nach § 35 der Eigenbetriebsverordnung werden der Jahresabschluss des Wasserwerkes der Gemeinde Bad Rothenfelde vom 31. Dezember 2018 in der Fassung des Prüfungsberichtes der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft Dr. Klein, Dr. Mönstermann + Partner GmbH, Osnabrück, vom 30. August 2019 sowie der Lagebericht 2018

⇒ vom Rat festgestellt.

⇒ Der Betriebsleitung wird für das Jahr 2018 Entlastung erteilt.

⇒ Der Mindestgewinn von 55.471,81 €
wird in die allgemeine Rücklage eingestellt.
Die Differenz
zum Jahresgewinn = 109.277,94 € von 53.806,13 €
wird dem Sonderposten für den
Gebührenaussgleich zugeführt“

Gem. § 36 EigBetrVO werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss des Rates über den Jahresabschluss hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht liegen in der Zeit vom 24. Februar bis 04. März 2020 einschließlich zur Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung Bad Rothenfelde, Zimmer 71, öffentlich aus.

Bad Rothenfelde, 19. Dezember 2019

(Siegel) **Gemeinde Bad Rothenfelde**
Rehkämper
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

60

9. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Bad Rothenfelde (Wasserabgabensatzung) vom 19. Dezember 2019

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 11. September 2019 (Nds. GVBl. S. 258) sowie der §§ 2 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes in der Fassung vom 20. April 2017 (Nds. GVBl. S. 121), hat der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde am 19.12.2019 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel I

§ 15 - Gebührensatz -
erhält folgende Fassung:

Für die Benutzung der Wasserversorgungsanlage wird eine Gebühr in Höhe von 1,40 € bzw. brutto 1,50 €/m³ erhoben.

Artikel II

Die 9. Änderungssatzung tritt am 01. Januar 2020 in Kraft.

Bad Rothenfelde, 19. Dezember 2019

(Siegel) **Gemeinde Bad Rothenfelde**
Rehkämper
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

61

Haushaltssatzung der Gemeinde Ostercappeln für das Haushaltsjahr 2020

Auf Grundlage des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat der Rat der Gemeinde Ostercappeln in der Sitzung am 11. Dezember 2019 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt**

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1	der ordentlichen Erträge auf	16.160.300 €
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	16.189.500 €
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	0 €
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 €

2. im **Finanzhaushalt**

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	14.920.800 €
2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	14.521.400 €
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	3.961.600 €
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	15.733.700 €
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	11.772.100 €
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	1.409.000 €

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

-	der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	30.654.500 €
-	der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	31.664.100 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 11.772.100 € festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 4.000.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	380 v.H.
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B)	380 v.H.
2. Gewerbesteuer	395 v.H.

Ostercappeln, den 11. Dezember 2019

Gemeinde Ostercappeln

Der Bürgermeister
Rainer Ellermann

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die nach den §§ 120 Abs. 2 und 122 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) erforderliche Genehmigung ist durch den Landkreis Osnabrück – Kommunalaufsicht – am 17.01.2020 unter dem Aktenzeichen 11.3 Re erteilt worden.

Der Haushaltsplan mit allen Anlagen liegen nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG vom 17.02. bis 27.02.2020 in der Gemeinde Ostercappeln, Fachdienst Finanzen, Zimmer 46, Venner Straße 22, 49179 Ostercappeln, während der Öffnungszeiten zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Ostercappeln, 27. Januar 2020

Gemeinde Ostercappeln

Der Bürgermeister
Rainer Ellermann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

62

Bekanntmachung des Bebauungsplanes Vehrte Nr. 20 „Südlich Dorfstraße“, 1. Änderung der Gemeinde Belm

Der Rat der Gemeinde Belm hat in seiner Sitzung am 11.12.2019 den Bebauungsplan Vehrte Nr. 20 „Südlich Dorfstraße“, 1. Änderung gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Das Plangebiet befindet sich in der Gemarkung Vehrte, Flur 5 und wird im Osten begrenzt durch die östliche Grenze der Flurstücke 84/32 und 84/33. Im Norden wird das Plangebiet durch die Nordgrenze der Flurstücke 84/32 und 84/38 begrenzt. Im weiteren Verlauf durchquert die Nordgrenze des Plangebietes die Straße „Zum Heidpohl“ (Flurstück 84/46) bis zum Flurstück 84/45. Im weiteren Verlauf folgt die Grenze des Plangebietes der Westgrenze des Flurstücks 84/45 bis zur Höhe der östlichen Grenze des Flurstücks 84/40. Hier durchquert die Plangeietsgrenze erneut die Straße „Zum Heidpohl“ und folgt dann der östlichen Grenze des Flurstücks

84/40. Die Südgrenze des Plangebietes bilden die südlichen Grenzen der Flurstücke 84/40, 84/34 und 84/33.

Der Planbereich ergibt sich aus der beigefügten Übersichtskarte.



Mit Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück tritt der Bebauungsplan Vehrte Nr. 20 „Südlich Dorfstraße“, 1. Änderung“ in Kraft.

Der Bebauungsplan Vehrte Nr. 20 „Südlich Dorfstraße“, 1. Änderung“ mit einschließlich Begründung und weiteren Unterlagen liegen ab sofort bei der Gemeinde Belm, Marktring 13, Fachbereich III Baudienste, 49191 Belm, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes Auskunft verlangen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der in § 214 Abs. 1 Nr. 1 und 3 des Baugesetzbuches (BauGB) bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB Mängel der Abwägung dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Belm geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen. Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 Baugesetzbuch über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Belm, den 23.01.2020

Gemeinde Belm
Der Bürgermeister
Viktor Hermeler

63

Bekanntmachung des Bebauungsplanes Belm Nr. XXIX „Beiderseits der Poststraße“, 2. Änderung der Gemeinde Belm

Der Rat der Gemeinde Belm hat in seiner Sitzung am 11.12.2019 den Bebauungsplan Belm Nr. XXIX „Beiderseits der Poststraße“, 2. Änderung gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Das Plangebiet erstreckt sich beiderseits der Konrad-Adenauer-Straße, von der Lindenstraße bis zur Wagnerstraße.

Der Planbereich ergibt sich aus der beigefügten Übersichtskarte.



Mit Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück tritt der Bebauungsplan Belm Nr. XXIX „Beiderseits der Poststraße“, 2. Änderung in Kraft.

Der Bebauungsplan Belm Nr. XXIX „Beiderseits der Poststraße“, 2. Änderung“ mit einschließlich Begründung und weiteren Unterlagen liegen ab sofort bei der Gemeinde Belm, Marktring 13, Fachbereich III Baudienste, 49191 Belm, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes Auskunft verlangen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der in § 214 Abs. 1 Nr. 1 und 3 des Baugesetzbuches (BauGB) bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB Mängel der Abwägung dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Belm geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen. Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 Baugesetzbuch über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden

Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Belm, den 23.01.2020

Gemeinde Belm
Der Bürgermeister
Viktor Hermeler

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

64

Bekanntmachung
des Beschlusses des Rates der Gemeinde Menslage
über den Jahresabschluss und die Entlastung des
Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2017

Der Rat der Gemeinde Menslage hat in seiner Sitzung am 16.12.2019 den vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück geprüften Jahresabschluss für das Jahr 2017 gem. § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) i.V.m. § 71 II NKomVG beschlossen und dem Bürgermeister Entlastung erteilt.

Der Rat der Gemeinde Menslage hat nach § 58 I Nr. 10 i.V.m. § 110 VI Satz 2 NKomVG beschlossen, den Überschuss des ordentlichen Ergebnisses 2017 i.H.v. 67.142,90 € der ordentlichen Überschussrücklage zuzuführen. Ebenfalls wird der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses 2017 i.H.v. 26.181,27 € der außerordentlichen Überschussrücklage zugeführt.

Die Überschussrücklagen sollen zum Haushaltsausgleich künftiger Jahre verwendet werden.

Der Jahresabschluss mit den Rechenschaftsberichten sowie der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes liegen in der Zeit vom 17. Februar 2020 bis 28. Februar 2020 während der Dienststunden zur Einsichtnahme im Dienstgebäude, Hauptstr. 14, 49637 Menslage, öffentlich aus.

Menslage, den 28.01.2020

Gemeinde Menslage
Der Bürgermeister
Jürgen Kruse

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

65

Bekanntmachung
des Beschlusses des Rates der Samtgemeinde Artland
über den Jahresabschluss und die Entlastung
für das Haushaltsjahr 2017

Der Rat der Samtgemeinde Artland hat in seiner Sitzung am 05.12.2019 folgenden Beschluss gefasst:

1. Der vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück geprüfte Jahresabschluss für das Jahr 2017 wird gem. § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) beschlossen und dem Bürgermeister wird Entlastung erteilt.
2. Der Überschuss des ordentlichen Ergebnishaushaltes

i.H.v. 2.253.974,54 € wird gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V. m. § 110 Abs. 6 Satz 2 NKomVG der ordentlichen Überschussrücklage sowie der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses i.H.v. 651.540,49 € der außerordentlichen Überschussrücklage zugeführt. Die Überschussrücklagen sollen zum Haushaltsausgleich künftiger Jahre verwendet werden.

Der Jahresabschluss mit dem Rechenschaftsbericht sowie der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes liegen in der Zeit vom 17.02. bis 25.02.2020 während der Dienststunden zur Einsichtnahme im Dienstgebäude Markt 2, Zimmer 311, öffentlich aus.

Quakenbrück, 28.01.2020

Samtgemeinde Artland
Der Samtgemeindebürgermeister
Poppe

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

66

Bekanntmachung
des Beschlusses des Rates der Stadt Quakenbrück
über den Jahresabschluss und die Entlastung
für das Haushaltsjahr 2017

Der Rat der Stadt Quakenbrück hat in seiner Sitzung am 09.12.2019 den vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück geprüften Jahresabschluss für das Jahr 2017 gem. § 58 Absatz 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) beschlossen und dem Stadtdirektor Entlastung erteilt.

Der Jahresabschluss mit dem Rechenschaftsbericht sowie dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes liegen in der Zeit vom 17.02. bis 25.02.2020 während der Dienststunden zur Einsichtnahme im Dienstgebäude Markt 2, Zimmer 311, öffentlich aus.

Quakenbrück, 28.01.2020

Stadt Quakenbrück
Der Stadtdirektor
Poppe

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

67

Haushaltssatzung
der Gemeinde Wallenhorst
für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Gemeinde Wallenhorst in der Sitzung am 19.12.2019 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im Ergebnishaushalt		
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag		
1.1	der ordentlichen Erträge auf	42.653.500 €
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	42.344.700 €
1.3	der außerordentlichen Erträge	0 €
1.4	der außerordentlichen Aufwendung auf	0 €
2. im Finanzhaushalt		
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag		
2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	40.731.900 €
2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	37.496.500 €
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	4.319.400 €
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	19.784.900 €
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	10.430.100 €
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	1.200.000 €
festgesetzt.		
Nachrichtlich: Gesamtbetrag		
-	der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	55.481.400 €
-	der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	58.481.400 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 10.430.100 € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 15.102.000 € festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 6.400.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer		
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	320 v. H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B)	320 v. H.
2.	Gewerbsteuer	360 v. H.

Wallenhorst, den 28.01.2020

Gemeinde Wallenhorst

Steinkamp
Bürgermeister

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

2.1 Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

2.2 Die nach § 119 Abs. 4 und nach § 120 Abs. 2 NKomVG erforderlichen Genehmigungen sind durch den Landkreis Osnabrück am 24.01.2020 unter dem Aktenzeichen 11.3 Re erteilt worden.

2.3 Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG vom 17.02.2020 bis zum 26.02.2020 im Rathaus der Gemeinde Wallenhorst, Zimmer 2.30, zu folgenden Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch, Freitag von 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr; Dienstag, Donnerstag von 8:00 bis 17:30 Uhr zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Wallenhorst, den 28.01.2020

Gemeinde Wallenhorst

(Siegel) Steinkamp
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

68

24. Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Glandorf über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Glandorf

Abwasserbeseitigungsabgabensatzung

Aufgrund der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 und aufgrund des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) vom 23.01.2007 hat der Rat der Gemeinde Glandorf in seiner Sitzung am 03.12.2019 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel I

Die Satzung über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Glandorf (AGS) vom 16.02.1993 (Amtsblatt des Landkreises Osnabrück, Nr. 7 vom 31.03.1993, Seite 61, lfd. Nr. B 71), zuletzt geändert durch die 23. Änderungssatzung vom 21.12.2018 (Amtsblatt des Landkreises Osnabrück, Nr. 1 vom 15.01.2019), wird wie folgt geändert:

§ 15 – Gebührensätze - erhält folgende Fassung:

„Die Abwassergebühr beträgt für die	
a) Niederschlagswassergebühr	29,64 EUR/je angef. 100 m²

Artikel II

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2020 in Kraft.

Glandorf, den 23.12.2019

(Siegel) **Gemeinde Glandorf**
Dr. Heuvelmann
Bürgermeisterin

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

69

Verordnung zum Schutz Erholungssuchender und wild lebender Tiere im Gebiet der Gemeinde Ostercappeln (Leinenzwangverordnung) und Karten

Aufgrund des § 33 Abs. 2 des Niedersächsischen Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002 (Nds. GVBl. S. 112), zuletzt geändert durch Artikel 3 § 14 des Gesetzes vom 20. Mai 2019 (Nds. GVBl. S. 88), hat der Rat der Gemeinde Ostercappeln in seiner Sitzung am 11.12.2019 folgende Verordnung beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

Diese Verordnung gilt außerhalb der allgemeinen Brut-, Setz- und Aufzuchtzeit nach dem Niedersächsischen Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) für ortsnahe Wälder und die übrige freie Landschaft (§ 2 NWaldLG) in der Gemeinde Ostercappeln. Die genauen Abgrenzungen der bestimmten Gebiete ergeben sich aus der Anlage zu dieser Verordnung.

§ 2 Leinenzwang für Hunde

Innerhalb des in § 1 genannten Gebietes sind Hunde zum Schutz Erholungssuchender und der Einstände des Wildes bzw. der sonstigen freilebenden Tiere vor Beunruhigungen an einer biss- und reißfesten Leine zu führen. Ausgenommen sind nur Hunde, die zur rechtmäßigen Jagdausübung, als Rettungshunde, von der Polizei, dem Zoll oder im Rahmen einer entsprechenden Ausbildung verwendet werden.

§ 3 Ausnahmen

Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Verordnung können in begründeten Fällen durch die Gemeinde Ostercappeln zugelassen werden. Sie bedürfen der schriftlichen Genehmigung und können unter Auflagen und Bedingungen erteilt werden.

§ 4 Ordnungswidrigkeiten

Nach § 42 Abs. 3 Nr. 7 NWaldLG handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig dem Gebot des § 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann gem. § 42 Abs. 4 NWaldLG mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 EUR geahndet werden.

§ 5 Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 29. Februar 2020 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 28. Februar 2030 außer Kraft.

Ostercappeln, den 11. Dezember 2019

Gemeinde Ostercappeln
i. V. Michael Borgmeier

Karten Seite 88 - 92

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 3, 15. Februar 2020

Leinenzwangsverordnung der Gemeinde Ostercappeln
- Schutzbereich Ostercappeln -



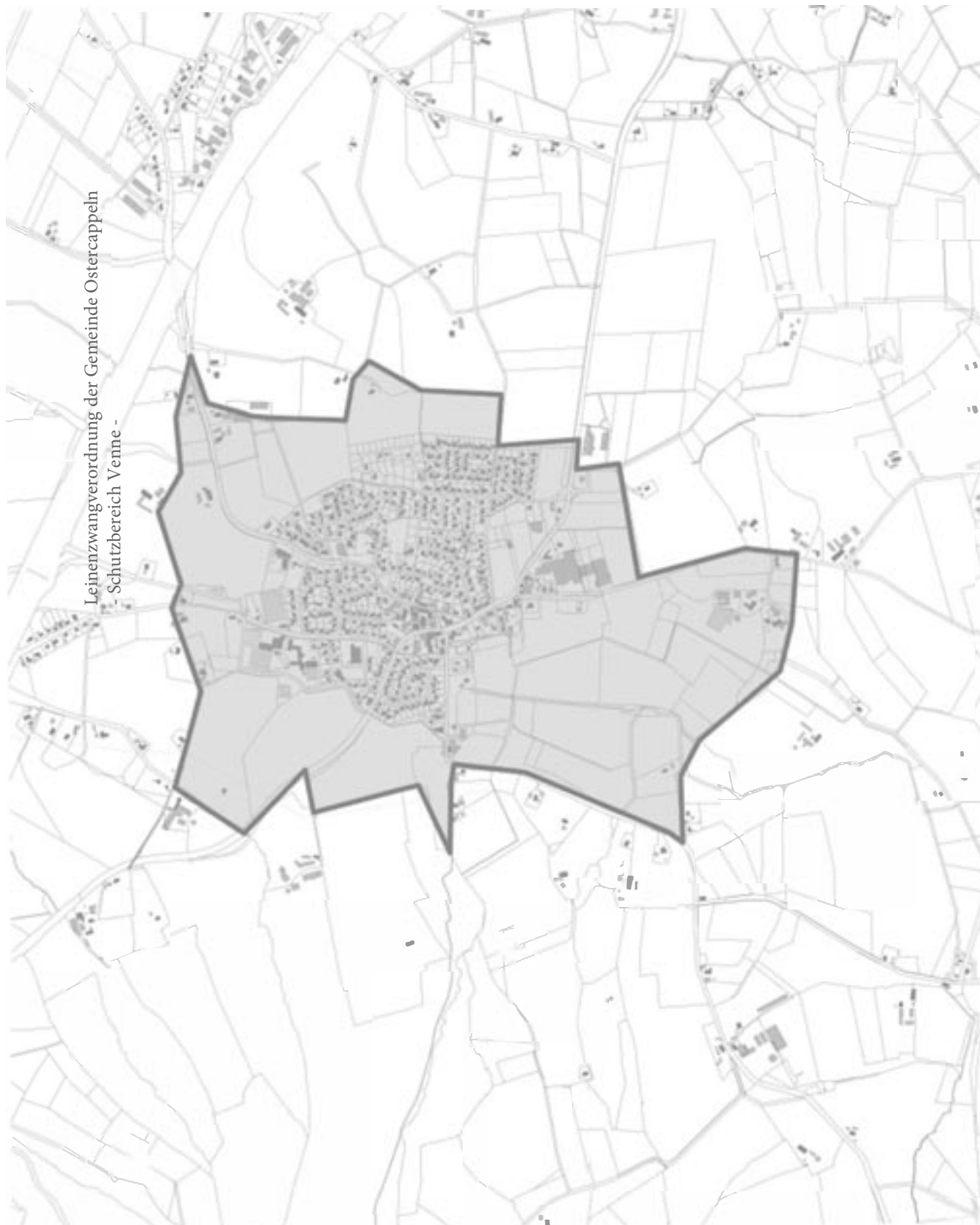




Leinenzwangsverordnung der Gemeinde Oster Cappeln
- Schutzbereich Hitzhausen -



Leinenzwangverordnung der Gemeinde Ostercappeln
- Schutzbereich Schwagstorf -



Herausgegeben vom Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück.

Zur Veröffentlichung bestimmte Bekanntmachungen sind zu richten an den Landkreis Osnabrück - Fachdienst 1 - Service - Postfach 25 09, 49015 Osnabrück - Druck und Verlag: B. Ad. Ricke, Postfach 13 06, 49589 Bersenbrück. Das Amtsblatt erscheint 14tägig, in der Regel Mitte und Ende eines jeden Monats. Laufender Bezug und Einzelstück durch den Verlag. Bezugspreis: bis 12 Seiten € 1,60, je weitere 2 Seiten € 0,15 brutto mehr; zuzüglich € 2,05 Versandkosten.